

Stellungnahme zum Haushaltsentwurf der Stadt Marktheidenfeld für das Jahr 2026

(es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Stadtrats,
sehr geehrte Frau Kämmerin Herrmann,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,

the same procedure as last year, könnte man sagen.

Gilt es doch erneut einen Haushalt aufzustellen. Dieses Mal allerdings den letzten der laufenden Wahlperiode.

1. Rückblick - Ausgangslage

Viel hat sich in den letzten Jahren geändert. Viele würden sagen, vieles zum Negativen. Im Hinblick auf die deutlich verminderten Gewerbesteuereinnahmen und die gestiegenen Kosten mag dies sicherlich stimmen. Vieles ist jedoch nicht unbedingt negativ, aber in jedem Fall unsicherer geworden. Sei es die allgemeine Weltsicherheits- und Weltwirtschaftslage, sei es vor Ort die Finanzierbarkeit der städtischen Pflicht- und vor allem der freiwilligen Aufgaben.

Bereits in der ersten Stellungnahme unserer Fraktion zum Haushalt des Jahres 2021 hatten wir die Gefahr einbrechender Gewerbesteuereinnahmen – damals als Folge der Coronapandemie-Maßnahmen – befürchtet und einen maßvolleren Umgang mit den städtischen Finanzen und vor allem eine bessere Kostenkontrolle bei den Ausgaben angemahnt.

Der damals von vielen, wenn überhaupt nur als kurzfristig und vorübergehend angenommene Einbruch hat sich jedoch – wie von uns befürchtet – als nachhaltiger erwiesen als zunächst gedacht.

Im vergangenen Jahr hatte wir bereits einen Rückblick auf die Historie der Gewerbesteuereinnahmen vorgenommen und dabei herausgestellt, dass die Stadt seit 2018 praktisch immer mehr Gewerbesteuer eingenommen hatte, als zunächst im Haushalt prognostiziert wurde. wurde.

Wie sich durch die Jahresschlussrechnung 2024, welche naturgemäß erst in 2025 erstellt wurde, herausstellte, war dies 2024 erstmals nicht der Fall. Hier standen erwarteten Einnahmen von 9,5 Mio. Euro nur noch 5,9 Mio. Euro gegenüber.

Jahr	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	Gesamt
im								
Haushalt	9,7	9,5	10	9,5	12	14,1	9,7	74,5
tatsächlich	9,7	20,06	46,6	17,1	22	16,8	5,9	138,16
Differenz	0	10,56	36,6	7,6	10	2,7	-3,8	63,66

*Vergleich Gewerbesteueraufkommen Stadt Marktheidenfeld 2018 bis 2024 in Mio. EUR
 Quelle: Gruppenübersichten Haushalte 2018 – 2025*

Laut Auskunft der Kämmerei wird sich nun auch für das Jahr 2025 eine Unterdeckung der erwarteten Gewerbesteuereinnahmen von ca. 2 Mio. Euro ergeben. Gerechnet wurde hier mit 9,3 Mio. Euro.

Es war und ist also auch für 2026 mit dem schlimmsten zu rechnen.

Der Haushaltsansatz sieht nunmehr 15,5 Mio. Euro vor, wobei hierin eine Gewerbesteuernachzahlung von 6 Mio. Euro enthalten ist.

Hierzu gab es ja bereits einen viel rezipierten Pressebericht mit der Überschrift:

„Bei der Stadt Marktheidenfeld sind überraschenderweise sechs Millionen Euro aufgetaucht“.

Entgegen dem Pressebericht sind die sechs Millionen zwar nicht zuvor verloren gegangen. Sie wurden vielmehr in ähnlicher Höhe zuvor als Rückzahlung an das nun nachzahlende Unternehmen zurückgezahlt.

Hierzu ist es gut zu wissen, dass die von Unternehmen an die Stadt zu entrichtenden Gewerbesteuern letztlich immer unter dem Vorbehalt von Korrekturen durch spätere Betriebsprüfungen der Finanzbehörden stehen. Sofern diese ergeben, dass Gewinne in einzelnen Wirtschaftsjahren anders zu verteilen sind oder auch in Konzernen Gewinne anders auf verschiedene Standorte des Konzerns zu verteilen sind, kann es dazu kommen, dass bereits gezahlte Gewerbesteuern wieder zurückgezahlt werden.

Im Falle der „wieder aufgetauchten sechs Millionen“ hat sich nunmehr wohl der Umstand ergeben, dass solche Effekte zweimal aufgetreten sind, einmal zulasten und einmal zugunsten der Stadt Marktheidenfeld.

Im Ergebnis fangen die sechs Millionen jedenfalls die Mindereinnahmen in 2024 (von 3,8 Mio.) und 2025 (von ca. 2 Mio.) ziemlich genau auf.

Wir hatten also schlussendlich nochmal Glück im Unglück und können in der Folge dankenswerterweise zumindest von einer einigermaßen stabilen Finanzlage sprechen. Auch wenn

sich diese im Vergleich von vor wenigen Jahren auf niedrigerem Niveau einzupendeln scheint.

Ein positiver Nebeneffekt der geringeren Gewerbesteuereinnahmen ist die sich hieraus ergebende geringere Kreisumlage. Dies jedoch mit der begründeten Sorge, dass damit zu rechnen ist, dass der Landkreis den Hebesatz weiter erhöhen wird um seine Mindereinnahmen auch nur ansatzweise auszugleichen. Die Kosten des Klinikneubaus in Lohr werfen hier leider ihre Schatten voraus.

Auch die Allgemeine wirtschaftliche Lage muss uns auf der Einnahmenseite weiterhin große Sorgen machen. Gerade in den letzten Wochen überschlugen sich die bundesweiten Schlagzeilen mit schlechten Wirtschaftszahlen. Zahlreiche Insolvenzen und geplanten Entlassungen zeigen anschaulich, dass die Wirtschaft in Deutschland zunehmend aufgrund hoher Steuern, Abgaben, Personal- und Energiekosten droht, schlicht nicht mehr konkurrenzfähig zu sein und den Anschluss zu verlieren.

Ohne eine funktionierende und ertragreiche Wirtschaft wird es jedoch zwangsläufig immer schwieriger eine funktionierende Gesellschaft aufrechtzuerhalten.

Es muss daher ein Appell an die verantwortlichen in Bund, Ländern und EU ergehen, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Unternehmen zu verbessern und konkurrenzfähiger im Wettbewerb mit den USA, China und all den anderen Ländern zu machen.

Sollte dies nicht gelingen, geht es nicht mehr nur den – vielfach gescholtenen – Unternehmen schlecht, sondern bei dann eintretender steigender Arbeitslosigkeit auch den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Die kommunalen Kassen werden in so einer Situation denknotwendig leerer werden, zumal ihnen im Gegensatz zum Bund kein Recht zur „Erfindung“ von „Sondervermögen“, mithin Schulden in Billionenhöhe zusteht.

Wir als Kommune müssen schlicht mit den Mitteln umgehen, die uns zur Verfügung gestellt werden.

Eigene Einflussgrößen sind nur sehr beschränkt vorhanden. Die Tendenz von Bund/EU und OECD geht leider auch dahin die Spielräume der Kommunen weiter zu reduzieren, was der gestrige Beschluss der Bundesregierung zur Erhöhung des Mindesthebesatzes zur Gewebesteuer deutlich zeigt. Eigentlich müssten die Spielräume und der Wettbewerb vergrößert und nicht verkleinert werden.

Immerhin dürfen wir in 2026 damit rechnen aus dem Topf des sogenannten „Sondervermögens“ ca. 600.000,00 Euro als Schlüsselzuweisung sowie weitere ca. 1,18 Mio. Euro als Investitionsbudget zur Verfügung gestellt zu bekommen.

Dieser Betrag in Höhe von gesamt knapp 1,8 Mio. Euro ist im Haushaltsentwurf der Kämmerei noch überhaupt nicht berücksichtigt, sodass sich die Lage des Haushalts tatsächlich etwas besser, als im Finanzausschuss und der Vorstellung des Haushalts durch den Ersten Bürgermeister erläutert, darstellt. An dieser Stelle darf jedoch nicht vergessen werden, dass es sich bei diesen Zuweisungen zwar nicht um Schulden der Stadt, aber sehr wohl um Schulden unserer Bundesrepublik handelt. Wie tragfähig

eine derart hohe Schuldenaufnahme auf Dauer sein kann, muss durchaus bezweifelt werden. Die Schuldenquote wird aufgrund des Sondervermögens immerhin für 2030 mit ca. 75 % des Bruttoinlandsprodukts prognostiziert. In den 1990er Jahren lag diese trotz der enormen Anstrengungen der Wiedervereinigung noch bei ca. 40-50 %.

Interessanterweise gelten Unternehmen mit derart hohen Schuldenquoten nicht als besonders kreditwürdig und investmenttauglich. Bei Staaten scheint dies zunehmend anders gesehen zu werden. Ob mit Erfolg wird die Zukunft zeigen.

Viele Ökonomen befürchten jedoch, dass die Kehrseite dieser hohen Schuldenquoten schlicht und einfach Inflation ist. Direkte Folge der Inflation sind dann jedoch steigende Kosten für die Erfüllung aller städtischen Ausgaben. Seien es Bauprojekte, Energie oder Personal.

Wie deutlich wir diese Entwicklung bereits in den vergangenen Jahren gesehen haben, darf ich nochmals kurz in Erinnerung bringen.

So lagen die Personalkosten der Stadt Marktheidenfeld in 2018 noch bei 8,7 Mio. Euro. Im vorliegenden Haushaltsentwurf für 2026 wird hingegen bereits mit Kosten in Höhe 15,6 Mio. Euro gerechnet. Dies entspricht einer Erhöhung der Kosten innerhalb von 8 Jahren um knapp 80 %.

Jahr	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	Gesamt
im								
Haushalt	8,7	8,7	9,7	11,1	12	13,2	12,4	75,8
tatsächlich	8,7	9,4	9,9	10	10,9	12,5	13,6	75
Differenz	0	0,7	0,2	-1,1	-1,1	-0,7	1,2	-0,8

*Personalkosten Stadt Marktheidenfeld 2018 bis 2024 in Mio. EUR
 Quelle: Gruppenübersichten Haushalte 2018 – 2025*

Man könnte demnach von einer Personalkosteninflation von in Schnitt 10 % pro Jahr reden. Damit toppen wir – und sicher viele andere Kommunen ebenso – den Verbraucherpreisindex des statistischen Bundesamts locker, dieser ist im gleichen Zeitraum nämlich nur um ca. 25 % gestiegen.

In der Rückschau konnte immerhin der tatsächliche sächliche Verwaltungs- und Betriebsaufwand im Vergleich zum prognostizierten stabil gehalten werden. Erneut ist es gelungen im laufenden Betrieb deutlich weniger auszugeben, als zunächst befürchtet.

Jahr	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
im							
Haushalt	13,79	14,69	18,14	18,6	19,78	21,49	21
tatsächlich	13,93	14,36	15,83	15,36	15,76	17,93	17,88
Differenz	0,14	-0,33	-2,31	-3,24	-4,02	-3,56	-3,12

*Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand Stadt Marktheidenfeld 2018 bis 2024 in Mio. EUR
 Quelle: Gruppenübersichten Haushalte 2018 – 2025*

Im aktuellen Haushaltsentwurf wird nunmehr für 2026 mit diesbezüglichen Kosten in Höhe von 19,98 Mio. Euro und für 2027 gar von 25,53 Mio. Euro gerechnet. Dies würde eine Steigerung im Vergleich zum Jahr 2018 um ca. 85 % bedeuten, was ebenfalls weit über der Steigerung des Verbraucherpreisindex liegen würde.

Diese vorgenannten Personal- und Sachkosten sind somit ein, den Haushalt massiv belastender Faktor, welcher leider in keiner Weise durch Mehreinnahmen bzw. Mehrzuweisungen von Bund und Land an die Stadt Marktheidenfeld kompensiert wird. Dies noch dazu in Zeiten sich reduzierender Gewerbesteuereinnahmen. Selbst die Prognose für 2026 ist - die geschilderten 6 Mio. Euro herausgerechnet - praktisch identisch mit derjenigen im Jahr 2018 und liegt somit nach wie vor zwischen 9 und 10 Mio. Euro. Es wundert daher nicht, dass auch der Präsident des Deutschen Städtetages das Defizit der kommunalen Haushalte für 2025 mit über 30 Milliarden Euro erst kürzlich angegeben hat und dabei betonte, dass auf die Kommunen in etwa ein Viertel aller gesamtstaatlichen Ausgaben entfallen, diese jedoch nur ca. ein Siebtel aller Steuereinnahmen erhielten. Dies kann schlicht nicht funktionieren!

Wir können uns daher seinem, in diesem Zusammenhang getätigten Appell anschließen nur und zum wiederholten Male die Forderung an Bund und Länder erheben, endlich die Kommunen – wie es das Grundgesetz und die bayerische Verfassung eigentlich vorsehen – mit all den Mitteln auszustatten, welche zur Erfüllung der Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft durch die Kommunen benötigt werden. Darüber hinaus müssen in jedem Fall diejenigen Kosten, welche durch von „oben nach unten“ durchgereichte Verpflichtungen entstehen, in voller Höhe ersetzt werden, sodass die Erfüllung der Verpflichtungen jedenfalls kostenneutral für die Kommunen ist. Dies ist insbesondere im KITA und Schulbereich gegenwärtig mitnichten der Fall.

2. Haushaltsansätze

Ein Blick weg von den laufenden Kosten, hin zu den anstehenden Investitionen fällt in dieser Hinsicht nicht besser aus. Nicht zuletzt aufgrund gesetzlicher Vorschriften im Betreuungswesen selbst, aber auch viel zu weitgehender Bau-, Förder- und anderer Vorschriften, verteuern sich nicht nur die laufenden Ausgaben, sondern insbesondere auch die Kosten von Bauvorhaben. Der Ergänzungsbau

der Grundschule und die Sanierung der Mittelschule sind abschreckende Beispiele. Die Stadt Marktheidenfeld muss für beide Projekte zusammen wohl mit mindestens 30 Mio. Euro an finanziellen Belastungen rechnen.

Der Neubau des Kolpingkindergartens wird auch mit einem hohen einstelligen Millionenbetrag zu Buche schlagen.

Die Sanierung der Sudetenstraße/Mittelstraße wird ca. 2,3 Mio. Euro kosten und auch für die weitere Sanierung und Ertüchtigung unseres M2 – Bad am Maradies rechnen wir nach neuesten Schätzungen mit Kosten von kurzfristig mindestens zwei Millionen Euro.

ProMAR begrüßt ausdrücklich, dass der Stadtrat gewillt ist, alles dafür zu tun, den Bad- und Saunabetrieb endlich auf langfristig tragfähige Beine zu stellen. Die zügige Eröffnung im Juli 2025 täuscht leider – auch die Bevölkerung – leicht darüber hinweg, dass auch hier im „Hallenbad“ noch einige Investitionen vor uns stehen. Ganz zu schweigen von der Zukunft des Freibads, welches in keinem Fall in der bekannten Form mehr wird öffnen können. Hierüber müssen wir uns bzw. der neue Stadtrat Gedanken machen. Dies kann jedoch erst seriös geschehen, wenn Therme und Sauna dauerhaft „in Schuss“ sind.

Ebenso erfreulich ist, dass die Stadt Marktheidenfeld weiterhin gewillt ist, in die in ihrem Einflussbereich liegende Infrastruktur zu investieren. Was der Ausfall der Infrastruktur bedeuten kann, hat man Anfang Januar 2026 anschaulich beim – durch einen wohl linksextremistischen Terroranschlag – ausgefallenen Strom in Berlin sehen können. Fünf Tage ohne Wärme und Strom bei klirrender Kälte machen das Leben schnell fragil. Auch wenn wir nicht über eine kommunale Stromversorgung verfügen, ist in Erinnerung zu rufen, dass die Verfügbarkeit von fließendem Trinkwasser mindestens genauso wichtig ist. Die Stadt investiert in diesem und den kommenden Jahren erhebliche Summen in die Schaffung eines Dritten Brunnens am Obereichholz, die Sanierung des Hochbehälters Romberg und den Neubau eines Wasserwerks. Dies sind sämtlich essentielle Investitionen, die keinen Aufschub dulden, weil sie die Versorgungssicherheit aller in Marktheidenfeld lebender und arbeitender Menschen sowie Unternehmen verbessern.

Mit Ausnahme der Sanierungskosten für das M2, welche noch einzuarbeiten sind, sind für die vorgenannten Investitionen bereits Haushaltsansätze vorgehen.

Der Haushaltsentwurf lässt jedoch insbesondere zwei weitere im vergangenen Jahr diskutierte und zum Teil bereits beschlossene Investitionen außer Acht:

Zu nennen ist hier insbesondere die behutsame Neugestaltung des Mainufers im Bereich zwischen Biergarten und neuem Festplatz (gerne auch Abschnitt B3 genannt). Hier finden sich im Haushaltsentwurf unter Ziffer 9503 des Investitionsprogramms für 2026 nur Planungskosten in Höhe von 100.000,00 Euro und für die Folgejahre 2027, 2028 und 2029 überhaupt keine Ansätze.

Hier muss in Erinnerung gerufen werden, dass der Stadtrat die Umsetzung als Gesamtmaßnahme in der Stadtratssitzung am 10.07.2025 bereits mit weit überwiegender Mehrheit beschlossen hat. Die

vom Planungsbüro damals veranschlagten Kosten in Höhe von 5.448.202,00 Euro sind also unbedingt in Absprache mit dem Bauamt in den Haushalt für die Jahre 2026 und 2027 einzuarbeiten und sodann zügig mit der Umsetzung der Maßnahme zu beginnen.

Es ist ohnehin schwer zu ertragen, dass das Thema „Mainkai“ nun wohl den Stadtrat in insgesamt drei Wahlperioden beschäftigt wird, obwohl der aktuelle Stadtrat bereits am 25.05.2023 auf Antrag der Fraktionen von proMAR und der CSU klare Beschlüsse zur Planung und Umsetzung beinahe einstimmig getroffen hatte.

Auch zum beschlossenen VgV-Verfahren für das Alte Pfarrhaus in der Obertorstraße samt Garten findet sich im Haushaltsentwurf nichts. Hier wurden zwar noch keine verbindlichen Beschlüsse zur Umsetzung des Projekts gefasst, jedoch war sich der Stadtrat einstimmig einig, dass das VgV-Verfahren eingeleitet werden soll.

Uns ist bewusst, dass beide Projekte durchaus nicht unerhebliche Kosten mit sich bringen. Da sie jedoch beschlossen wurden, sind sie auch im Haushalt abzubilden.

Dies, zumal beide Projekte bei der Städtebauförderung angemeldet wurden und wir sehr bestrebt sein sollten, die gegenwärtig noch vorhandenen Fördermittel abzugreifen.

ProMAR ist überzeugt, dass die Umsetzung beider Projekte ohne die in Aussicht gestellten Fördermittel nur schwerlich realisierbar sein werden. Es gilt also insbesondere am Mainkai keine Zeit zu verlieren und die notwendigen Mittel bereit zu stellen bzw. abzurufen.

Auf weitere Änderungsanträge am Haushalt verzichten wir auch dieses Jahr. Wir sind der Überzeugung, dass die Abarbeitung der angestoßenen und begonnenen Projekte mehr als genug Aufgabe für das Jahr 2026 und 2027 darstellt, sodass an weitere Projekte gar nicht zu denken ist. Wir sind auch weiterhin der Auffassung, dass die pauschale Streichung einzelner herausgenommener Haushaltsansätze nicht weiterbringt. Der städtische Haushalt gibt den Rahmen für das städtische Wirtschaften im jeweiligen Haushaltsjahr vor. Ausgeschöpft wird er jedoch praktisch nie und auch dieses Jahr werden uns wieder unerwartete Ausgaben in beträchtlicher Höhe erwarten.

Auf der anderen Seite wird sich vieles als doch nicht so wichtig oder gar gänzlich obsolet und unnötig herausstellen und am Ende überhaupt nicht umgesetzt werden. Gespart werden muss demnach vor allem bei der Ausführung des Haushalts.

Wir müssen daher erneut alle städtischen Mitarbeiter auffordern zusammen mit uns als Stadtrat verantwortungsvoll und zurückhaltend mit den städtischen Mitteln umzugehen.

Wir sind nach wie vor überzeugt, dass die Stadt nirgends so viel sparen kann, wie bei Durchsetzung einer wirksamen Kostenkontrolle der Bauvorhaben, insbesondere bereits in der Planungsphase. Hier ist künftig noch mehr peinlich genau darauf zu achten, ob wirklich alle, in einem Leistungsverzeichnis aufgenommen Positionen notwendig sind oder ob es nicht vielleicht günstigere Alternativen gibt.

Grundsätzlich sollte zudem bei sämtlichen Projekten, Bauvorhaben und Sanierungen stets eine ganz wesentliche Rolle bei der Entscheidungsfindung spielen, was uns die jeweilige Maßnahme langfristig im Unterhalt kostet. Die Erfahrung lehrt hier, dass selbst günstig erscheinende Projekte langfristig mit enormen Unterhaltskosten verbunden sein können. Als plakatives Beispiel kann die Erweiterung und Neuanlage von Grünflächen aller Art genannt werden. Man wird kaum jemanden finden, der grundsätzlich gegen eine weitere Stadtbegründung ist. Sei es aus Gründen der Optik, der Verbesserung der Luft, der Schaffung von Versickerungsflächen oder auch nur um eine bessere Aufenthaltsqualität zu generieren. Nicht vergessen werden darf jedoch, dass jede auch noch so kleine Grünfläche gepflegt werden muss und sei es nur, sie zumindest einmal im Jahr zu mähen. Hierfür sind stets Personal und Sachmittel erforderlich, welche bereits aktuell für die Pflege der vorhandenen Flächen nur geradeso ausreichend zur Verfügung stehen.

Es wird sich also künftig stets die Abwägungsentscheidung stellen, ob manches wirklich umgesetzt werden soll, wenn es mit langfristigem Unterhaltsaufwand verbunden ist.

3. Ausblick - Anpassung

Wir stehen somit auch dieses Jahr und in Zukunft vor großen Herausforderungen, welche uns aus anderen Gründen aber ähnlich unsicher wie 2020 auf die weitere Entwicklung unserer Stadt blicken lassen.

Abschließend sei noch ein Wort zu den städtischen Einflussgrößen auf die Einnahmen gestattet.

Wie durch proMAR bereits in den vergangenen Jahren angemahnt wurde, können wir uns nicht davor verschließen, künftig auch weitere Erhöhungen von Gebühren und Hebesätzen umzusetzen.

Wie bekannt ist, hat sich proMAR im Rahmen der Aufstellung der Hebesatzsatzung dennoch dafür ausgesprochen, dieses Jahr den Hebesatz für die Grundsteuer nicht – nach 20 Jahren – anzuheben.

Dies mag auf den ersten Blick wie ein Widerspruch zu unseren Ausführungen in unserer Stellungnahme zum Haushalt 2025 aus dem vergangenen Jahr wirken. Tatsächlich ist es ein solcher jedoch nicht. Wir sind überzeugt, dass Erhöhungen von Gebühren und Anhebungen von Hebesätzen für den Bürger plausibel, transparent und nachvollziehbar sein müssen.

In Anbetracht der sich jedoch – entgegen der Beteuerung der Staatsregierung – schon 2025 aus der Grundsteuerreform ergebenden Mehrbelastungen der Grundstückseigentümer, hielten wir eine erneute weitere Belastung für gerade nicht überzeugend vermittelbar. Dies umso mehr, als lediglich mit ca. 100.000,00 Euro Mehreinnahmen gerechnet wird.

Wir sind überzeugt, dass der Bürger mitgenommen und nicht verärgert werden sollte. Bei der Erhöhung der KITA-Gebühren ist dies – wenn auch nach Durchlauf mehrerer Runden – mit der Akzeptanz aller beteiligten gelungen. In ähnlicher Weise sollte auch künftig vorgegangen werden.

Schnellschüsse gilt es zu vermeiden, es ist vielmehr weiterhin der Spagat zwischen Erhöhung der Einnahmen und Sicherung eines attraktiven Standorts für Gewerbebetriebe, Arbeitnehmer und die Stadtgemeinschaft im Allgemeinen zu schaffen.

4. Dank

Die Fraktion von proMAR bedankt sich abschließend bei allen, die sich für ein gutes Miteinander und für das Wohl unserer Stadt einsetzen. Zu nennen sind hier insbesondere alle ehrenamtlich Tätigen, sei es in Vereinen, den Blaulichtorganisationen, religiösen und sozialen Einrichtungen oder auf jede erdenklich andere Art und Weise. Ebenso bei allen Unternehmen, Hotels und Gaststättenbetrieben, samt sämtlicher ihrer Mitarbeiter. Sie machen unsere Stadt lebendig und tragen nicht nur finanziell maßgeblich zum langjährigen Erfolg unserer Stadt bei. Wir können daher stolz sein, eine der wenigen Kleinstädte mit mindestens genauso vielen Arbeitsplätzen wie Einwohnern zu sein.

Wir bedanken uns auch bei allen Mitarbeitern der Stadt Marktheidenfeld, ohne deren Arbeit an unserem Gemeinwesen auch in den Unternehmen und anderen Einrichtungen nichts laufen würde. Was nützen beispielsweise viele Arbeitsplätze, wenn keine Kinderbetreuung vorhanden ist?

Zuletzt bedanke ich mich persönlich bei allen Stadtratskollegen und Kolleginnen und dem Ersten Bürgermeister für eine ereignisreiche aber stets konstruktive Wahlperiode.

Nicht alle Entscheidungen, die wir getroffen haben und treffen, stellten sich am Ende als richtig heraus. Wichtig ist jedoch, dass wir uns auch in Anbetracht all dessen, was schiefgelaufen ist, in die Augen blicken können und trotz unterschiedlicher Meinung auch in Zukunft mit all den unterschiedlichen Ideen versuchen unsere Stadt weiter nach vorne bringen.

„hab Mut, steh auf“,

so kann man aktuell an vielen Stellen in der unterfränkischen Hauptstadt lesen. Es ist das Motto des diesjährigen Katholikentages in Würzburg.

Auch wenn es sich dabei natürlich um eine religiöse Veranstaltung handelt, denke ich, dass es auch uns allen nicht schadet, den Mut nicht zu verlieren und gemeinsam anzupacken.

Marktheidenfeld ist es wert, dass wir uns für es einsetzen, und die uns zur Verfügung stehenden Mittel verantwortungsbewusst und zielgerichtet zum Wohle aller einsetzen.

Heinz M. Richter
Fraktionsvorsitzender proMAR